

A. Kur

Namens- und Bildnisschutz

I. Namensschutz, § 12 BGB

Grundsatz: Der Schutz nach § 12 BGB kann von Namensträgern aller Art in Anspruch genommen werden; dies schließt natürliche und juristische Personen, Anstalten öffentlichen Rechts (Universitäten) sowie Gebietskörperschaften ein. Für die bereits nach §§ 5, 15 MarkenG geschützten Unternehmenskennzeichen ist der Schutz nach § 12 BGB deswegen u.U. von Interesse, weil der namensrechtliche Schutz inhaltlich weiter und flexibler ist als der kennzeichenrechtliche. Besondere Bedeutung hat § 12 BGB ferner vor allem in der Rechtsprechung zum Schutz gegen Domainnamenregistrierung und –verwendung erlangt.

a) Gegenstand des Schutzes; Namensträger:

§ 12 BGB bezog sich zunächst nur auf bürgerlichen Namen, wurde dann erweitert auf alles, was Namensfunktion besitzt. Geschützt sind Personennamen (inkl. Vorname), Pseudonym, und Künstlername, sowie Unternehmenskennzeichen, soweit sie Namensfunktion besitzen. Entsprechend anwendbar ist § 12 BGB auf Wappen, Siegel, Vereinselemente etc.; u.U. sogar Ausdehnung auf die Bezeichnung von Gebäuden (BGH GRUR 1976, 311, 312 – Sternhaus). Namensträger können sowohl natürliche als auch juristische Personen sein, ebenso nicht rechtsfähige Vereine und sonstige Personenvereinigungen, die unter einem Gesamtnamen auftreten, ebenso Stiftungen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts (Universitäten; s. BGH GRUR 1993, 151 – Universitätselement) einschließlich von Gebietskörperschaften (Gemeinden; s. BGH GRUR 1964, 38 – "Dortmund grüßt mit Hansa-Bier"; s. auch LG Mannheim CR 1996, 353 – Heidelberg: erste Entscheidung eines deutschen Gerichts zum Schutz von Ortsnamen gegen die Verwendung als Internet-Domainname).

b) Schutzvoraussetzungen:

aa) Natürliche Personen: Den (Familien-)Namen natürlicher Personen kann die Eignung zur Kennzeichnung grundsätzlich in keinem Falle abgesprochen werden (so jetzt auch für Unternehmenskennzeichen: BGH GRUR 2008, 801 – Hansen-Bau); es ist dann jedoch im Zusammenhang mit dem Verletzungstatbestand zu prüfen, ob der nicht autorisierte Namensgebrauch zu einer Interessenbeeinträchtigung – typischerweise durch „Zuordnungsverwirrung“ – führt; s. etwa BGH GRUR 89, 262 – Uwe; OLG München WRP 1996, 787 – Frankenberg.

bb) Sonstige Namensträger: Hier gilt Ähnliches wie bei geschäftlichen Bezeichnungen. Eignung zur Identifizierung des Namensträgers ("individualisierende Eigenart") muss vorhanden sein, wobei großzügige Maßstäbe anzulegen sind. Wenn diese Voraussetzung gegeben ist, besteht der Schutz gem. § 12 BGB ab Benutzungsaufnahme (bei ausländischen Namensträgern: ab Benutzungsaufnahme im Inland). Bei Namen ohne unmittelbare Individualisierungseignung muss Verkehrsgeltung erlangt werden, um Schutz in Anspruch nehmen zu können.

c) Inhalt und Umfang des Schutzes

aa) Überblick

§ 12 BGB enthält zwei Verletzungstatbestände

- Namensleugnung (Bestreiten des Rechts zur Namensführung)
- unbefugter Namensgebrauch (Namensanmaßung oder sonstige Interessenverletzung)

Der Tatbestand der *Namensleugnung* wird bereits durch das Bestreiten erfüllt; es muss keine besondere Interessenverletzung hinzutreten. Die Bedeutung des Tatbestandes ist heute gering; die Frage, ob Abwehransprüche gegen die Reservierung von Domainnamen darauf gestützt werden können, war umstritten (positiv: LG Ffm, CR 1997, 287) u. spielt heute keine Rolle mehr.

Die ungleich wichtigere der beiden Fallgruppen ist der *unbefugte Namensgebrauch*.

Voraussetzungen sind:

- Kläger (Prätendent) muss gegenüber dem Gegner das relativ bessere Recht zur Namensführung haben, und
- Interesse des besser Berechtigten muss verletzt sein.
- Unerheblich ist, wenn die Benutzung außerhalb des geschäftlichen Verkehrs erfolgt; auch die anderen kennzeichenrechtlichen Kriterien (kennzeichenmäßige Benutzung, Verwechslungsgefahr) spielen grundsätzlich keine Rolle.

Wer von zwei prinzipiell berechtigten Prätendenten gegenüber dem Gegner das „bessere Recht“ hat, ist u.U. eine Frage der Priorität; i.Ü. fällt die Prüfung häufig mit der Interessenabwägung zusammen. Das bessere Recht hat u.U. auch derjenige, der sich auf eine Gestattung durch den Namensträger berufen kann; s. BGH GRUR 2007, 811 – grundke.de. Der „echte“ Namensträger hat grundsätzlich die bessere Position gegenüber jemandem, der die gleiche Bezeichnung als „Aliasnamen“ benutzt, soweit letzterer keine Verkehrsbekanntheit erlangt hat; BGH GRUR 2003, 897 – maxem. Bei Namensgleichheit führt die Interessenabwägung u.U. zu der Verpflichtung, aufklärende Hinweise anzubringen (s. dazu BGH GRUR 2008, 706 – vossius.de: Kein Verbot der Führung des Domainnamens, aber Verpflichtung, auf der ersten Seite des Internet-Auftritts einen aufklärenden Hinweis anzubringen, der die Identität klarstellt.)

bb) Einschränkung auf die Verletzung des Individuierungsinteresses; Grenzfälle

Dass der Namensschutz nicht den üblichen kennzeichenrechtlichen Kriterien und Einschränkungen unterliegt, bedeutet *nicht*, dass jede Art der Interessenverletzung auf der Grundlage des Namensrechts geltend gemacht werden kann. So kann bei grds. funktionsgemäßer Namensverwendung, z.B. in einer kritischen Berichterstattung über eine Person, nur Schutz aufgrund des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts in Anspruch genommen werden. § 12 BGB ist grundsätzlich bei *funktionswidrigem* Namensgebrauch ("Verletzung des Individuierungsinteresses") einschlägig. Entscheidend dafür ist regelmäßig das Vorliegen einer sog. *Zuordnungsverwirrung*; so etwa dann, wenn der Eindruck erzeugt wird, der Namensträger habe dem anderen die Verwendung des Namens gestattet (BGH GRUR 1993, 151, 153 – Universitätseblem; BGH GRUR 1964, 38, 40 – Dortmund grüßt mit Hansa-Bier). Bei bloßer *Namensnennung* besteht grundsätzlich kein Anspruch aus § 12 BGB; einschlägig ist vielmehr (allenfalls) das Allgemeine Persönlichkeitsrecht (so regelmäßig bei einer Namensnennung zu Werbezwecken; s. BGH GRUR 1959, 430, 431 – Caterina Valente). Die Grenzziehung kann allerdings im Einzelfall schwierig sein (s. z.B. BGH GRUR 1979, 564, 565 – Metall-Zeitung).

Als Beispiel für einen solchen Grenzfall s. aus der neueren Rechtsprechung OLG Köln, Urteil vom 28.05.2010 - 6 U 9/10:

Der Zeitungsanzeigewerbetext für Karnevalskostüme "Karneval ohne Kostüme ist wie Bläck ohne Fööss" greift unbefugt in die dem Namensträger vorbehaltene Entscheidung ein, ob und unter welchen Voraussetzungen er seinen Namen für kommerzielle Zwecke zur Verfügung stellt. Die geistreichwitzige Abwandlung des Namens ändert nichts daran, dass das positive Image des Namensträgers zur Aufmerksamkeitserregung und damit zur Förderung des eigenen Produktabsatzes unzulässig genutzt wird."

(zur Erläuterung: „Bläck Fööss“ ist der Name einer bekannten Kölner Band).

Praktische Bedeutung

§ 12 BGB ist für *andere Rechtssubjekte* als Unternehmen nach wie vor die einzig mögliche Rechtsgrundlage, um sich gegen unbefugte Namensverwendung zu wehren. Dies ist – außer für natürliche Personen – u.a. für (Ideal)Vereine oder für Gebietskörperschaften von Bedeutung (für letztere s. insbesondere die Rechtsprechung zur Domainnamen-Piraterie; statt aller: LG Mannheim GRUR 1997, 377 – heidelberg.de). Bei Domainnamenkonflikten spielt § 12 BGB auch heute noch eine große Rolle (s. auch unten: vor allem bei privater Benutzung).

Soweit es sich um Konflikte zwischen gleichen oder ähnlichen Unternehmenskennzeichen handelt, die im geschäftlichen Verkehr verwendet werden, besteht ein inhaltlicher Gleichlauf zwischen § 12 BGB und § 15 MarkenG, wobei § 15 MarkenG dem § 12 BGB vorgeht (so BGH GRUR 2002 622, 623 – shell.de).

Im früheren Recht war § 12 BGB als Auffangtatbestand für den Schutz von Unternehmenskennzeichen außerhalb des Gleichartigkeitsbereichs (theoretisch) bedeutsam; s. BGH GRUR 1955, 122 - Koma; BGH GRUR 1956, 172 - Magirus. Diese Fälle sind jetzt in § 15 Abs. 3 MarkenG geregelt.

Die größte praktische Bedeutung hat § 12 BGB für den Schutz von Unternehmenskennzeichen vor allem dann, wenn *keine Verwendung im geschäftlichen Verkehr* erfolgt. Dies kann ebenfalls u.a. für Domainnamenkonflikte eine Rolle spielen; S. dazu BGH GRUR 2002, 622 - shell.de, wo ein überragendes Interesse der bekannten Firma an einer Führung dieses Namens anerkannt wurde, obwohl der Inhaber des Domainnamens den gleichen Namen führte, die Eintragung mit Priorität bewirkt hatte und sich bereits verpflichtet hatte, die Website ausschließlich privat zu nutzen (Ausnahmefall!!!).

d) Rechtliche Besonderheiten von „Namensmarken“

Der Erwerb einer Marke, die einen Namen enthält, berechtigt ohne Einräumung einer weitergehenden Befugnis nicht dazu, den Namen zu führen; BGH GRUR 1996, 422 - J.C. Winter. Die Gültigkeit der Verwertung solcher Marke im Rahmen der Insolvenz ist nach einer auf der Grundlage des WZG ergangenen Entscheidung des BGH (GRUR 1990, 601 – Benner) von der Zustimmung des Inhabers abhängig, soweit dieser zugleich der Gesamtschuldner ist. Es ist umstritten, ob dies auch nach neuem Recht gilt.

e) Rechtsfolgen

In § 12 BGB ausdrücklich genannt sind der Unterlassungs- und der Beseitigungsanspruch. Darüber hinaus kann bei schuldhafter Verletzung des Namensrechts auch Schadenersatz nach § 823 BGB in Betracht kommen, da das Namensrecht ein absolutes Recht i.S.v. § 823 BGB ist.